

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

27.11.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Termin für die Sprengung bleibt geheim</b> <i>Schweinfurter Tagblatt, 25.11.2023</i> .....	3
2   <b>Inflation und Lieferprobleme: Endlager Konrad wird teurer</b> <i>cz.de (Cellesche Zeitung), 26.11.2023</i> .....	5
3   <b>WMO-Chef empfiehlt Deutschland Überdenken des Atomausstiegs</b> <i>ZEIT ONLINE, 25.11.2023</i> .....	6
4   <b>Die kernkraftfreundliche Anti-Greta</b> <i>tichyseinblick.de, 25.11.2023</i> .....	7
5   <b>Haushaltsslage: Bundesrat stoppt Wachstumspaket, Regierungserklärung angekündigt</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 24.11.2023</i> .....	9
6   <b>Warum die USA beim Klimaschutz versagen</b> <i>Norddeutsche Neueste Nachrichten, 25.11.2023</i> .....	11

## Termin für die Sprengung bleibt geheim

**Das erste Drittel ist geschafft. Der auf 15 Jahre angelegte nukleare Rückbau des Kernkraftwerks startet in die heiße Phase. Jetzt geht es an die Wahrzeichen.**

**Grafenrheinfeld.** Es beginnt mit einem Knall. Dann staubt es ordentlich. Und nach wenigen Sekunden ist alles vorbei. Zurück bleibt ein Schutthaufen. 2024 werden die Wahrzeichen der Region, die Kühltürme des Kernkraftwerks (KKG) Grafenrheinfeld, in sich zusammenfallen. Laut Kraftwerksbetreiber Preussen Elektra sollen sie im August oder September 2024 gesprengt werden. Der konkrete Sprengtermin wird nicht bekannt gegeben.

„Wir wollen kein Event daraus machen“, sagt Kraftwerksleiter Bernd Kaiser. Beim traditionellen Kraftwerksgespräch vor Kommunalpolitikern und Behördenvertretern gab er einen Zwischenbericht über den Stand des seit fünf Jahren laufenden KKG-Rückbaus und einen Einblick in die Planungen der Kühlturmsprengung.

Ursprünglich war die Sprengung der Türme bereits für Juli 2024 geplant. Laut Kraftwerksleiter Kaiser müssen aber noch Genehmigungsunterlagen eingereicht werden. Bei einem solchen Projekt muss neben dem Baurecht auch das Atomgesetz beachtet werden. Preussen Elektra muss sicherstellen, dass keine Schäden am Kontrollbereich des KKW und den beiden benachbarten Atommüll-Zwischenlagern für verbrauchte Brennelemente bzw. für schwach- und mittelradioaktiven Abfall durch die Erschütterungen entstehen. Spezielle Schutzvorkehrungen seien nicht notwendig, heißt es. Einzig die Lüftungsschächte werden an allen Gebäuden dicht gemacht, damit kein Staub eintreten kann.

### Zeichen nach außen setzen

Apropos Staub: Die Experten von Preussen Elektra gehen davon aus, dass die Wolke hauptsächlich auf dem KKG-Gelände niedergehen wird. „Nach zehn Minuten ist nichts mehr zu sehen“, sagt Matthias Aron, zuständig für die Reststoffbearbeitung. Im Umfeld werde er höchstens wie „Pollenflug“ oder „Saharastaub“ bemerkbar sein.

Einen Tag vor der Sprengung wird das Gelände um die Kühltürme im Umkreis von 300 bis 500 Metern abgesperrt. Die nächsten Wohnhäuser liegen in Garstadt, 800 Meter entfernt. „Dort wird der Sprengknall schon nicht mehr zu hören sein“, versichert Aron. Damit sich die Erschütterungswellen im Boden nicht summieren, werden die beiden Türme zeitversetzt gesprengt – im Abstand von 15 Sekunden.

Profis werden die 143-Meter-Kolosse zu Fall bringen. Laut Preussen Elektra handelt es sich um ein weltweit bewährtes und sicheres Verfahren, das allein in Deutschland mehr als 50 Mal erfolgreich praktiziert worden sei. Man werde sich auch die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen von EnBW zunutze machen, die am 14. Mai 2020 die Türme des ehemaligen AKW Philippsburg (Lkr. Karlsruhe) per Explosion zum Einsturz gebracht hatten. Der Sprengstoff werde so angebracht, dass der Turm auf eine Seite kippt und dann „vertikal kollabiert“.

Dass die beiden Kühltürme nicht wie ursprünglich mal geplant erst nach Ende des nuklearen Rückbaus 2033 abgebrochen werden, hat laut Kraftwerksleiter Kaiser zwei Gründe: Der Platz wird als Lagerfläche für Bauteile gebraucht. Und: „Wir wollen ein Zeichen nach außen setzen.“ Der Fortgang des 2018 begonnenen Rückbaus solle sichtbar gemacht werden. Bislang spielte sich alles im Innern des Kernkraftwerks ab.

### Wasserfreiheit seit August

Im ersten Drittel des Rückbauprozesses wurden 4400 von insgesamt 27.000 Tonnen Masse zurückgebaut. Das hört sich wenig an, mengenmäßig ist es aber mehr als die Hälfte der insgesamt 20.500 Komponenten. Mit den richtig schweren Teilen geht es jetzt erst richtig los. Am Donnerstag erfolgte mit einem extra installierten Spezialkran der Ausbau des 380 Tonnen schweren Reaktordruckbehälters, das Herz der Anlage. Stück für Stück wird dieser nun zersägt, bis Juli 2024 soll er komplett zerlegt sein.

Voraussetzung für den Ausbau des Reaktordruckbehälters war die Wasserfreiheit. Um heranzukommen, musste das 14 Meter tiefe und 1340 Kubikmeter fassende Lagerbecken für die Brennelemente leergepumpt werden. Das belastete Wasser wird nun aufbereitet. Dabei setzen sich die radioaktiven Stoffe ab, der Rest verdampft.

Der Rückbau ist eine hochkomplexe Angelegenheit. Bevor überhaupt damit begonnen werden konnte, musste erst einmal Platz geschaffen werden. Es wurde aus- und umgeräumt, ab- und aufgebaut, um Abstellflächen für das abzubauende Material zu schaffen. Alle Teile aus dem nuklearen Bereich müssen in Stücke ge-

schnitten werden, damit sie in die Strahlenmessgeräte passen und in spezielle Container verpackt werden können. Für den Abtransport der Boxen wurde ein zentraler Lastenaufzug in die Reaktorkuppel eingebaut. Auch ein neues Heizungs- und Lüftungssystem ist entstanden.

„Wir sind gut im Plan“, sagt Kraftwerksleiter Bernd Kaiser. Nächstes Highlight ist nun die Sprengung der Kühltürme im nächsten Jahr. „Damit wird der Rückbaufortschritt des Kraftwerks zum ersten Mal nach außen hin sichtbar.“ Der Blick auf das KKG werde danach ein anderer sein.

 cz.de (Cellesche Zeitung) | 26.11.2023

 WEBLINK

## SALZGITTER

# Inflation und Lieferprobleme: Endlager Konrad wird teurer

*Erst verzögert sich der Bau, jetzt steigen die geschätzten Kosten: Die Entwicklung an der Schachtanlage Konrad dürfte Kritiker des geplanten Endlagers für Atommüll bestärken. Sie fordern einen Stopp und hoffen auf eine baldige Entscheidung.*

Das umstrittene Atommüllendlager Schacht Konrad in Salzgitter wird neuen Berechnungen zufolge teurer als geplant. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) geht davon aus, dass bis zur Fertigstellung weitere rund 2,64 Milliarden Euro benötigt werden, wie die Deutsche Presse-Agentur aus Unternehmenskreisen erfuhr. Bis Ende 2022 waren laut BGE schon rund 2,83 Milliarden Euro in die Errichtungsphase geflossen, so dass die neue Schätzung von rund 5,5 Milliarden Euro ausgeht.

Bisher hatte die Gesellschaft mit Sitz in Peine mit geschätzten Gesamtkosten von 4,6 Milliarden Euro kalkuliert. In der überarbeiteten Version sind nun deutlich gestiegene Kosten durch die Inflation und Lieferprobleme für Materialien und Komponenten enthalten. Mitte des Jahres hatte die BGE schon darüber informiert, dass der Plan zur Fertigstellung bis 2027 nicht mehr zu erreichen sei, weil die Arbeiten einen Verzug von etwa zwei Jahren hätten.

Der Schacht Konrad ist ein stillgelegtes Eisenerz-Bergwerk, in das bis zu 303.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert werden sollen. Es ist das bundesweit erste nach Atomrecht genehmigte Endlager für diese Abfälle. Kritiker fordern eine Neubewertung des Projekts nach heutigen Sicherheitsanforderungen sowie den unverzüglichen Baustopp des Endlagers.

Im Frühjahr hieß es aus dem Umweltministerium in Hannover, dass das Land möglichst noch in diesem Jahr entscheiden wolle, ob der Bau in Salzgitter gestoppt werde. «Die Sicherheit hat die oberste Priorität bei der Entscheidung, ob wir das Endlager Konrad in Betrieb nehmen», sagte Umweltminister Christian Meyer (Grüne) im Gespräch einem Bündnis, zu dem

unter anderen die Naturschutzorganisationen Nabu und BUND, die Stadt Salzgitter, die Gewerkschaft IG Metall und das Landvolk gehören.

In der kommenden Woche wollen Vertreter des Bündnisses Minister Meyer mit einer Aktion am 1. Dezember an das bevorstehende Jahresende und die offene Entscheidung erinnern. Die neue Kostensteigerung zeige, dass es eine schlechte Idee sei, ein altes und marodes Eisenerzbergwerk zu einem Atommülllager umbauen zu wollen, teilte die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad am Donnerstag mit.

«Die Kostenexplosion bei Schacht Konrad ist Folge der mangelnden Eignung als Endlager», sagte der Linken-Bundestagsabgeordnete für die Region, Victor Perli. Eine neue Standortsuche sei überfällig und die Linke habe deshalb die Streichung des Endlagers im Bundeshaushalt beantragt.

«Es ist nicht schön, die Kosten weiter steigen zu sehen, aber die BGE kann sich aus den allgemeinen wirtschaftlichen Trends nicht herausnehmen», sagte der technische Geschäftsführer der BGE, Thomas Lautsch. Die Inflation habe Millionen Euro Mehrkosten verursacht. Zudem hätten die gestiegenen Preise für Beschaffungen und Bauleistungen auch wegen der weltweiten Lieferkettenprobleme seit Corona eine negative Wirkung auf die Kosten.

Nach Angaben der BGE-Führung waren bis zur Übernahme der Verantwortung 2018 inklusive der Erkundungs- und Planungskosten bereits 2,34 Milliarden Euro angefallen. «Im Unterschied zu den Jahrzehnten zuvor stehen den Kosten seit Übernahme durch die BGE aber sichtbare Leistungen gegenüber», sagte Lautsch.

## WELTWETTERORGANISATION

## WMO-Chef empfiehlt Deutschland Überdenken des Atomausstiegs

**Der Chef der Weltwetterorganisation rät Deutschland, einen Ausstieg vom Atomausstieg zu erwägen. Ohne Atomkraft werde es schwierig, die Energiewende zu stemmen.**

Kurz vor der Weltklimakonferenz in Dubai hat der Chef der Weltwetterorganisation (WMO), Petteri Taalas, Deutschland empfohlen, eine Rückkehr zur Atomkraft in Erwägung zu ziehen. "Atomkraft ist eine gute Technologie, um klimafreundliche Energie zu produzieren", sagte Taalas in Genf. Ohne Atomkraft den Kohleausstieg zu bewerkstelligen und trotzdem genügend bezahlbare Energie herzustellen, werde schwierig. "Ich würde die Bundesregierung aufrufen, den Atomausstieg zu überdenken."

Der Weltklimarat (IPCC), der unter dem Dach der WMO den Zustand des Klimas wissenschaftlich untersucht und beschreibt, wirbt in seinen Berichten dafür, alle nicht fossilen Energiequellen zu nutzen, um die Treibhausgase zu senken, auch Atomstrom. Die EU-Kommission hat Strom aus Atomkraftwerken in ihrer Taxonomie-Verordnung als grüne Energiequelle aufgenommen.

Die Weltklimakonferenz COP28 beginnt am 30. November in Dubai. Taalas hofft, dass Länder dort noch schärfere Klimaschutzmaßnahmen ankündigen, damit die Erderwärmung möglichst bei 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden kann.

**"Kernkraft ist in Deutschland ein totes Pferd"**

"Wenn Deutschland beim derzeitigen Energieverbrauch bleiben oder noch mehr produzieren will, etwa für die Elektromobilität, wird es schwierig, das alles weitgehend mit Sonne und Wind zu schaffen", sagte Taalas. Dann gebe es die Wahl: entweder dazukaufen, etwa aus Frankreich, wo der Strom teils aus Atomkraftwerken stamme, oder Folgen für die Wirtschaft in Kauf zu nehmen. "Wenn die Energiekosten im Vergleich zu anderen Ländern sehr hoch sind, könnte es für manchen Industriezweig nicht attraktiv sein, in Deutschland zu bleiben."

Deutschland ist im April dieses Jahres nach sechs Jahrzehnten endgültig aus der Atomkraft ausgestiegen. Angesichts gestiegener Energiepreise und der Herausforderungen bei der Klimawende wurde der Ausstieg vor allem von Seiten der CDU und der FDP als Fehler bezeichnet. Die FDP stellte einen Antrag, den Rückbau mehrere stillgelegter, aber noch funktionsfähiger AKW zu stoppen, um doch noch zur Atomkraft zurückkehren zu können. Bundeskanzler Scholz (SPD) erteilte dem eine Absage. "Das Thema Kernkraft ist in Deutschland ein totes Pferd", sagte er im September. Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) bezeichnete den Vorstoß der FDP als "rückwärts-gewandt".

tichyseinblick.de | 25.11.2023

Charlotte Kirchhof

WEBLINK

**ATOMKRAFT? JA, BITTE****Die kernkraftfreundliche Anti-Greta**

*Eine kernkraftfreundliche Anti-Greta macht der Klima-Greta Konkurrenz: la Aanstoot. Die hat in der Pro-Atomkraft-Bewegung etwas gefunden, das ihr bei Fridays for Future fehlte.*

Der Kampf um den Thron der Klimaschutz-Prinzessin ist ausgebrochen. Klima-Greta steht eine atomfreundliche Gegnerin aus dem eigenem Land gegenüber: la Aanstoot. In zwei Dingen sind sich die beiden Kandidaten für den Thron einig. Sie sind gegen fossile Energien und wollen das Klima retten. Aber Aanstoot hat eine Besonderheit: Sie fordert einen Ausbau der Atomkraft, um die „Klimakatastrophe“ zu stoppen. Man kann die 18-jährige Schwedin gar Atomkraft-la taufen. Die Welt brauche, so Aanstoot, mehr Atomkraft für einen nachhaltigen Umbau der Wirtschaft und eine moderne Art zu leben.

Klima-Greta und Atomkraft-la kennen sich schon lange. Wie 3sat berichtet, war Aanstoot von Anfang an bei den Demonstrationen von Fridays for Future dabei und stand an der Seite von Thunberg. Aber jetzt wird Aanstoot zur Anti-Greta. 3sat berichtet weiter, dass Aanstoot sich von Thunberg distanzieren und sich auf ihre eigene Bewegung konzentrieren möchte: „Atomkraft? Ja, bitte“, postuliert diese Bewegung. Laut Aanstoot war Fridays for Future von Ängstlichkeit, Pessimismus und Verzweiflung geprägt – nicht aber von Realismus. Diesen Realismus habe sie hingegen in ihrer Pro-Atomkraft-Bewegung gefunden.

Zwar hat Thunberg sich auch schon mehrmals positiv zur Atomkraft geäußert, aber momentan ist sie offenbar zu sehr mit Pro-Palästina-Demonstrationen beschäftigt. Wie es scheint, bleibt daneben kaum Zeit, in der sie nach realistischen Lösungen für den „Klimawandel“ sucht.

Anti-Greta hingegen ist Feuer und Flamme fürs Klima – oder eher Atom fürs Klima. Sie hat gerade eine Kampagne am Laufen: „Dear Greenpeace“. In dieser fordert sie Greenpeace auf, nicht mehr gegen die Atomkraft zu kämpfen. Um die Welt mit Strom zu versorgen, reiche eine Hoffnung auf alternative Energieträger wie Sonne und Wind nicht aus, sagt Aanstoot. Im April hat Greenpeace eine Klage beim Europäischen

Gerichtshof eingereicht, weil die EU die Atomkraft als eine „grüne Energie“ eingestuft hat. Für Greenpeace ist das ein „Rechtsbruch“ und „Greenwashing“: So würden Investitionen in die Atomkraft gefördert, statt dass diese für „erneuerbare Energien“ genutzt würden, kritisiert Greenpeace auf ihrer Internetseite.

Atomkraft-la erklärt Greenpeace in einem Brief, dass die Atomkraft nicht das Monster sei, für das Greenpeace sie halte. Ihrer Meinung nach ist Greenpeace in der Vergangenheit gefangen: Dieser Umwelt-Kampf gegen die Atomkraft sei weder wissenschaftlich noch zeitgemäß, sondern „so letztes Jahrhundert“, wie es Aanstoot ausdrückt. Greenpeace soll ihrer Meinung nach endlich im 21. Jahrhundert ankommen. Aanstoots Ziel mit dieser Kampagne ist, den Kampf von Greenpeace gegen Atomkraft zu einem Kampf gegen die fossilen Energien zu wandeln. Auf X schreibt sie, dass sie nicht länger gegen ihre Umweltschutz-Gefährten kämpfen möchte, sondern mit ihnen gemeinsam gegen den „wahren Gegner“: die Lobby der fossilen Energien.

Mit dieser Kampagne steht Atomkraft-la nicht alleine da. Sie arbeitet mit der Organisation „RePlanet“ zusammen, die sich für eine „Ökomoderne“ einsetzen. Deren Mitglieder – die „Ökomodernisten“ – unterscheiden sich von anderen Aktivisten durch ihre Offenheit für Technologien wie die Kernkraft. Die Möglichkeiten der „erneuerbaren Energien“ schätzen sie realistischer ein als so manche Ökoaktivisten des letzten Jahrhunderts – also von Greenpeace: „Da Solar- und Windenergie abhängig von Tageszeit und Wetter sind, benötigt man für Zeiträume ohne Wind und Sonnenschein entweder konventionelle Kraftwerke oder in noch nie dagewesenem Umfang Energiespeicher“, schreibt „RePlanet“ auf ihrer Internetseite. Sie finden es daher „zu riskant, alle Hoffnungen nur auf Sonnen- und Windenergie sowie Energiespeicher zu setzen“.

Es wirkt so, als wären die Ökomodernisten aus dem

Märchenland des Klimaschutzes erwacht. „RePlanet“ sieht viele Vorteile in der Kernkraft: wenig Platzverbrauch, wenig Ressourcenverbrauch, niedrige Treibhausgasemissionen und „eine der sichersten Formen der Energiegewinnung“. Aus diesem Grund halten sie Deutschlands Atomausstieg für eine „tragische Fehlentscheidung“. Und unterstützen Anti-Gretas Pro-

Atomkraft-Bewegung. Mittlerweile hat Aanstroot an internationaler Bekanntheit gewonnen und reist um die ganze Welt, um beispielsweise bei Tagungen und vor Regierungen vorzusprechen, wie 3sat berichtet. Je bekannter Atomkraft-1a wird und internationale Bestätigung erhält, desto mehr wackelt der Thron von Klimaprinzessin Greta Thunberg.

## LÄNDERKAMMER WILL KOMPROMISS

## Haushaltslage: Bundesrat stoppt Wachstumspaket, Regierungserklärung angekündigt

### Berlin

*Der Bundesrat hat das Wachstumschancengesetz der Ampel-Koalition gestoppt. Laut der Länderkammer seien die Kosten unfair verteilt. Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt kündigte eine Regierungserklärung von Kanzler Olaf Scholz zur aktuellen Haushaltskrise an.*

Der Bundesrat hat das Wachstumspaket der Ampel-Koalition zum Ankurbeln der stagnierenden deutschen Wirtschaft vorerst gestoppt. Wegen der aus ihrer Sicht unfairen Verteilung der Kosten rief die Länderkammer am Freitag den Vermittlungsausschuss zum sogenannten Wachstumschancengesetz an. Dort muss nun ein Kompromiss gefunden werden. „Es handelt sich um einen Vertrag zu Lasten Dritter, der hier vorgeschlagen wird“, kritisierte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt kündigte unterdessen eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur aktuellen Haushaltskrise an.

Das Gesetz sieht steuerliche Entlastungen für Unternehmen bis 2028 und eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren vor. Die Entlastungen sollen jährlich sieben Milliarden Euro betragen. Kernpunkt ist eine Prämie für Investitionen in den Klimaschutz. 15 Prozent der Aufwendungen für Energieeffizienzmaßnahmen von Unternehmen sollen als direkte finanzielle Unterstützung bezuschusst werden. Das Gesetz enthält zudem steuerliche Anreize, um den kriselnden Wohnungsbau anzukurbeln. Auch zusätzliche steuerliche Impulse für mehr Forschung sind vorgesehen.

Regierungschef Weil rechnete vor, dass das Gesetz einen Gesamtverlust staatlichen Einnahmen von 32 Milliarden Euro bis zum Jahr 2028 zur Folge hätte. Der Bund beteilige sich nach dessen Berechnungen mit etwa 37 Prozent an diesen Verlusten, 63 Prozent entfielen auf Länder und Kommunen. Die ohnehin schon unter großem finanziellem Druck stehenden Kommunen würden mit etwa zwei Milliarden Euro zusätzlich zur Kasse gebeten. „Davor kann man nur eindringlich warnen.“ Es sei zwingend, die kommunale Ebene zu stärken und nicht zu schwächen.

### Weil kritisiert einseitiges Vorgehen der Bundesregierung

Weil wies zudem darauf hin, dass durch das Gesetz nach einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft lediglich eine Steigerung der Investitionen von 0,6 Prozent zu erwarten sei. „Das sieht nicht danach aus, als ob wir es hier mit einem zielgerichteten Vorschlag zu tun haben.“

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) kritisierte das einseitige Vorgehen der Bundesregierung: „Es ist natürlich überhaupt keine Art und auch in keiner Weise vertrauensbildend, dass bei einem solchen Gesetz ohne Absprache, ohne vernünftiges Miteinander-Ringen dieses Gesetz vorgelegt wird - unter dem Motto: Friss oder stirb.“ So könne man nicht arbeiten. „Das ist in unserer Verfassung so nicht vorgesehen. Das ist auch nicht die Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Das ist einfach schlechte Regierungsarbeit.“ Zudem wisse niemand, wie es nach dem Karlsruher Haushaltsurteil finanziell überhaupt weitergehe. „Von daher braucht es eine Überlegenspause.“

Außerdem wollen sich die Wirtschafts- und Energieministerinnen und -minister der Länder am Montag (8 Uhr) mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) treffen. Es werde vor allem auch um die Auswirkungen des Haushaltsurteils des Bundesverfassungsgerichts gehen, wie die Deutsche Presse-Agentur aus Beteiligten-Kreisen erfuhr. Zuvor hatte der „Spiegel“ berichtet. Laut Wirtschaftsministerium soll es im Anschluss an das Treffen ein gemeinsames Statement mit dem bayerischen Vorsitzenden der Wirtschaftsministerkonferenz, Hubert Aiwanger (Freie Wähler), und dem Vorsitzenden der Energieministerkonferenz, Sachsen-Anhalts Minister Armin Willing-

mann (SPD), geben.

### **Bundeskanzler Scholz will sich äußern**

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will sich unterdessen in der kommenden Woche im Bundestag in einer Regierungserklärung zur Haushaltslage äußern. Das kündigte Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt am Freitag im Bundesrat an. „Ohne dem jetzt vorgreifen zu wollen, will ich an dieser Stelle vor allem sagen, dass auch nach dem Urteil die finanziellen Hilfen des Staates bei solchen besonderen Notsituationen weiterhin möglich sind“, sagte Schmidt. „Aber es gibt jetzt klare Vorgaben, wie die Hilfen ausgestaltet sein müssen und wie die Kreditaufnahme organisiert sein muss, um sie zu finanzieren.“

Viele Bürgerinnen und Bürger fragten sich, welche Auswirkungen das Urteil auf ihr Leben habe, sagte Schmidt. Nach seinen Angaben wird in der kommenden Woche auch der von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) angekündigte Nachtragshaushalt für 2023 in erster Lesung im Bundesrat beraten. Eigentlich sollte in dieser Bundestagswoche bereits der Bundeshaushalt 2024 abschließend beraten werden. Wann dies nun geschehen soll, ist offen.

Bei dem Haushaltsurteil aus Karlsruhe geht es um Geld, das als Corona-Kredit bewilligt worden war, aber nachträglich für den Klimaschutz und die Modernisierung der Wirtschaft eingesetzt werden sollte. Dies erklärten die Richter für verfassungswidrig. Zugleich entschieden sie, der Staat dürfe sich Notlagenkredite nicht für spätere Jahre auf Vorrat zurücklegen. Deshalb sind weitere Milliardensummen für Zukunftsvorhaben gefährdet.

### **Bundesrat bremst Krankenhaus-Atlas aus**

Am Freitag bremste der Bundesrat zudem einen staatlichen Online-Atlas zu Leistungen und Behandlungsqualität der Krankenhäuser in Deutschland aus. Der Bundesrat beschloss am Freitag, zu dem vom Bundestag beschlossenen Gesetz der Ampel-Koalition den gemeinsamen Vermittlungsausschuss mit dem Parlament anzurufen. Der Vorsitzende der Gesundheitsminister, Manne Lucha (Grüne) aus Baden-Württemberg, sagte, die Intention sei richtig. So, wie das Gesetz vorgelegt werde, schaffe es aber nicht mehr Transparenz, sondern stifte Verwirrung. Mehrere Länder kritisierten zudem Eingriffe in ihre Hoheit für die Krankenhausplanung und forderten zusätzliche Finanzhilfen des Bundes.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) warnte im Bundesrat vor einem Ausbremsen des Gesetzes und warb noch um Zustimmung. Mit der Transparenz solle etwa Menschen, die im nächsten Jahr eine Krebserkrankung bekommen, beim Finden des richtigen Krankenhauses geholfen werden. Diese Transparenz sei auch ethisch geboten. „Wir haben diese Daten, aber wir nutzen sie nicht.“

Das Gesetz sieht vor, dass ein „Transparenzverzeichnis“ von Mai 2024 an als interaktives Portal verständlich über das jeweilige Angebot an bundesweit 1700 Klinikstandorten Auskunft geben soll. Konkret soll zu erkennen sein, welche Klinik welche Leistungen anbietet. Abrufbar sein sollen Daten zu Fallzahlen, also der Behandlungserfahrung, zum Personalschlüssel bei Fachärztinnen, Fachärzten und Pflegekräften sowie zu Komplikationsraten ausgewählter Eingriffe.

*RND/dpa*

📰 Norddeutsche Neueste Nachrichten | 25.11.2023 | S. 17

📄 Auflage: 5.000 | Reichweite: 16.148

👤 Tobias Schmidt

## Warum die USA beim Klimaschutz versagen

### Ohne schnelle CO<sub>2</sub>-Minderungen wird es laut UN fast 3 statt 1,5 Grad wärmer: Trotzdem wird in Amerika immer mehr Öl und Gas gefördert – ein Ortsbesuch

Statt CO zu sparen, damit es nicht zu heiß wird, werden in den USA noch riesige neue Öl- und Gasvorkommen erschlossen. Der fatale Boom mit fossilen Brennstoffen liegt auch an uns, weil Deutschland die höchsten Preise für Flüssiggas zahlt. Manche Menschen im Süden der USA nennen das einen „Cluster Fuck“ – ein multiples Desaster, wie eine Reise ins brennende Herz der amerikanischen Öl- und Gas-Industrie zeigt:

Ein Sonntagvormittag am Stadtrand von Houston in Texas. Bei Starbucks an der Ausfallstraße stehen 30 SUVs und Pick-ups mit laufenden Motoren. Im Schnecken tempo bewegt sich die Autoschlange vorwärts, sobald ein weiterer XXL-Mix-Kaffee durchs Fenster erreicht wird: Coffee Drive-in anstatt Coffee to go. Ein Liter Benzin kostet auch nur 1,05 Dollar, halb so viel wie in Deutschland.

Die Schilderung klingt hochnäsig. Auch in Deutschland lieben viele Fast Food im Auto. Aber hier im Süden der USA ist eigentlich alles noch viel dicker, ungesünder und CO-intensiver. Das meistverkaufte Auto ist seit Jahren der Ford F-150. Auch auf den Plätzen 2 und 3 folgen Pick-ups. Auf den endlosen Highways entlang der Golfküste sind Teslas die Nadeln im Blechhaufen. Andere Elektrofahrzeuge sind gar nicht zu sehen.

#### „Ihr Gott ist Öl und Gas“

Dass auf Straßen und in Städten keine Klimaschutzbemühungen erkennbar sind, liegt nicht nur daran, dass sich US-Amerikaner in der Regel ungern einschränken. Der wichtigste Grund ist, dass das Business mit fossilen Brennstoffen so richtig brummt. „Das schafft Jobs. Das macht das Leben der Menschen besser“, sagt die Angestellte einer großen Öl-Company aus Houston. „Wir sind stolz auf das, was wir tun“, sagt sie, will trotzdem aber nur mit ihrem Vornamen Debby in der Zeitung stehen.

Zwar entstehen auch in Texas Solar- und Windparks. Energiekonzerne nehmen viel Geld in die Hand, um

sich einen grünen Anstrich zu geben. Auf Mega-Plakaten wird mit „Net Zero“ und „Low Emissions“ gute Stimmung gemacht. Und das zeigt Wirkung. Die Internationale Energieagentur (IEA) sagte dieser Tage für 2030 den Höhepunkt der weltweiten Nachfrage nach Öl und Gas voraus.

Wenn das stimmen würde, wäre die grüne Zeitenwende in vollem Gange. Dann stünde das postfossile Zeitalter kurz bevor. Die US-Multis sehen das aber ganz anders. Chevron, Exxon und Co. investieren ihre Rekordgewinne aus der Energiekrise des letzten Jahres gerade in milliardenschwere Zukäufe, um sich neue Vorkommen für die kommenden Jahrzehnte zu sichern. Chevron-Chef Mike Wirth sagte der „Financial Times“, die Prognose der Energieagentur IEA über den baldigen Öl- und Gas-Peak sei realitätsfern. Seine Ansage: „Wir leben in der echten Welt und müssen investieren, um den echten Bedarf zu decken.“

Die Vereinigten Staaten sind schon heute der größte Produzent und Exporteur fossiler Brennstoffe auf der Welt. Die drei Banken, die weltweit am meisten Geld in neue Öl-, Gas- und Kohle-Deals stecken, sitzen ebenfalls in den USA, genauso wie die beiden größten „Kohlenstoff-Bomben“, das Marcellus-Schiefer im Osten und das Permbecken in Texas. Als „Kohlenstoff-Bomben“ werden Vorkommen bezeichnet, deren Ausbeutung potenziell zu mehr als einer Milliarde Tonnen CO-Emissionen führt.

Wie kann es sein – bei all den Temperaturrekorden, bei all den Warnungen vor einer bald nicht mehr zu stoppenden Erderwärmung –, dass die globale Führungsnation USA auch unter dem Demokraten Joe Biden den Abbau fossiler Energien hoch- statt runterfährt?

„Ihr Gott ist Öl und Gas“, sagt John Beard. Früher hätte Beard „unser“ statt „ihr“ sagen müssen, denn der 67-Jährige verdiente sein Geld selbst in der Branche. Inzwischen ist er Umweltaktivist für seine Gemeinde Port Arthur im Südosten von Texas und kämpft gegen

den Bau eines neuen Export-Terminals für Flüssigerdgas. Das soll mit Unterstützung deutscher Banken gebaut werden, um LNG unter anderem zum Terminal Brunsbüttel zu schaffen.

Eine breite Klimabewegung ist in Port Arthur nicht in Sicht, obwohl die flache Küstenregion immer häufiger von Stürmen und Überflutungen heimgesucht wird. Davon zeugt auch ein kilometerlanger „Oil Train“, ein Zug voll Öl, der mitten durch Ortschaften rollt. Fridays for Future kennt man in Port Arthur nicht. „Es gibt leider immer noch welche, die den Klimawandel für Unfug halten. Die meisten hier kämpfen damit, einigermaßen über die Runden zu kommen“, sagt Beard. Die Beteiligung bei der letzten Kommunalwahl lag bei 10 Prozent.

200 Kilometer weiter östlich, am Strand von Cameron im benachbarten US-Staat Louisiana, zeigt John Allaire auf einen Monster-LNG-Tanker, der zum Calcasieu Pass Terminal (CP1) fährt. Allaire lebt seit 25 Jahren am Golf und nennt die Sumpfmotkos seine Haustiere. Er fischt, schießt Enten, fängt Wildschweine, ganz selten auch Alligatoren. Der Aussteiger, Lebenskünstler und Energiemarkt-Beobachter hat vor zwei Wochen per Zoom mit vier demokratischen Senatoren darüber beraten, wie der Bau eines neuen Terminals (CP2) noch gestoppt werden kann.

Der Golf von Mexiko hat sich beim letzten Hurrikan schon 70 Meter von Allaires Strand einverleibt. Wird das neue Terminal CP2 gebaut, werden riesige Sumpfgelände und die Affeninsel in der Nähe vernichtet. Weitere natürliche Schutzmechanismen gegen die nächsten Fluten und Dürren würden der LNG-Industrie geopfert.

„Zur Wahrheit gehört, dass Deutschland im vergangenen Jahr die weltweit höchsten Preise für LNG gezahlt hat, und damit den Gas-Boom bei uns befeuert“, sagt Allaire und fährt mit dem Finger über eine Tabelle der US-Regierung. „Die Gewinnmargen sind hochgeschossen.“ Und es geht weiter so. Der deutsche Energieversorger EnBW hat mit dem CP2-Betreiber Global Venture nach Angaben der Deutschen Umwelthilfe einen Vertrag über die Lieferung von 27,2 Milliarden Kubikmeter Flüssiggas geschlossen. Die Vertragslaufzeit: 20 Jahre.

Die US-Regierung muss das neue Terminal noch genehmigen. Joe Biden könnte CP2 stoppen. Wird er es tun? „Ach, der alte Biden“, sagt Allaire. „Der hat noch

immer nicht kapiert, was die Stunde geschlagen hat.“ Allaire ist überzeugt: Würde die Politik Ernst machen, könnten die USA dank Sonnen- und Windkraft, dank Geothermie und mit kleinen Atomkraftwerken binnen zehn Jahren ohne Gas und Öl auskommen. Aber die Politik mache nicht Ernst. Und deswegen werde gebohrt und gefrackt und das Zeug in die ganze Welt verkauft, komme, was wolle. Bidens Ziel, die USA bis 2050 auf „Net Zero“ zu bringen, also kein zusätzliches Treibhausgas in die Atmosphäre zu blasen, hält praktisch niemand, den man danach fragt, für erreichbar.

Die europäischen Klimaschutz-Ambitionen werden dafür ernst genommen – obwohl Europa so viel US-Gas kauft. „Euer Instrument, Klimagas zu verteuern, CO zu bepreisen, das ist gut“, sagt John Beard aus Port Arthur, der demnächst an einer LNG-Konferenz in Brüssel teilnehmen will. „Die Anstrengungen der EU sind groß. Wir tun das Gegenteil und bringen damit alle in Gefahr.“

### „Wir klagen und kämpfen“

Wird sich das nie ändern? Die größte Chance, die die beiden Johns haben, ist, dass es mit dem Petro-Business doch schneller den Bach runtergeht – weil die internationale Nachfrage (auch die deutsche) wegbriecht, weil die anderen Weltregionen schneller dekarbonisieren. Und ist das möglich? Vielleicht schon. Der Fachdienst „Carbon Brief“ hat berechnet, dass die Emissionen in China – dem größten aktuellen CO-Verschmutzer – ab dem kommenden Jahr sinken. Das wären sechs Jahre früher als angekündigt und gilt in Expertenkreisen als ziemlich sensationell.

Grund sei das spektakuläre Tempo beim Aufbau von erneuerbaren Energien und Atomkraft sowie emissionsmindernder Technik, heißt es im Carbon Brief. Auch in Indien und Afrika geht es vielerorts Richtung Solar statt Kohle, Gas oder Öl: weil es billiger wird und vieles sauberer, leiser und angenehmer macht.

„Wenn die Gewinne ausbleiben, dann stoppen sie das“, sagt John Allaire und zeigt auf den LNG-Tanker am Horizont. „Zurzeit leben sie noch mit der Lüge, es könnte ewig weitergehen.“

Und John Beard in Port Arthur sagt: „Wir tun alles, damit sie keinen Profit mehr machen. Wir klagen und kämpfen und lassen ihre Investitionen stranden. Und dann zwingen wir sie, die Natur wieder zu heilen und zu verschwinden. Der Tag wird kommen.“